

Sarzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode.

Bezugspreis halbjährlich 1 Mark, einschließlich Wernigeroder, der Selbstabholung 0,90 Mark. Ergeben wöchentlich 10 Pfennig und monatlich 30 Pfennig. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Vätern u. Agenturen entgegen genommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2514. Verlag: Halberstädter Zeitungsgesellschaft, G. m. b. H., Bernauerhof für Politik u. Wirtschaft. Druck: W. G. Müller, für den übrigen Teil: W. G. Müller, für Wernigerode u. Umkreis: Karl Zsch. Verlag, in Halberstadt.

Anzeigenpreis die abgetragene Kolonelle oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Kolonelle 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Anzeigensatz für den bei Zahlung vorliegende letzte Satz. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigen-Aufnahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2514). Postfach 1010 Wernigerode 429. Selbstabholung (Halberstadt, Bernauerhof, Burgstraße 4).

Nr. 164.

Samstag, 16. Juli 1927.

2. Jahrgang.

Die Aufwertung der Standesherrn

Das Reichsministerium hat sich gestern, auch mit der Frage der Entschädigung der depolierten und mediokratischen Fürstenglieder und der Standesherrn beschäftigt. Der preussische Vorschlag, die Frage in Anlehnung an das Gesetz über die Ablösung öffentlicher Anwesen zu lösen, d. h. die Standesherrn nach den Umständen der Später zu behandeln, hat in dieser Form im Reichsministerium keine Zustimmung gefunden. Von den Standesherrn wird nämlich geltend gemacht, daß sie, falls der preussische Vorschlag angenommen wird, ihre Rentenzahlungsverpflichtungen gegenüber den ehemaligen Angehörigen einstellen müßten. Ferner würden sie es künftighin ablehnen müssen, für die Inanspruchnahme fiskalhistorischer Schätze und anderer Ausstattungen zu sorgen. Im Reichsministerium ist mehr Stimmung für eine individuelle als für eine generelle Lösung der ganzen Frage. Man will nur dann vom Reichstag eine Ermächtigung für die Länder nach § 153 der Reichsverfassung verlangen, wenn Preußen auf eine förmliche Lösung verzichtet.

Herrgott Friedrich Ferdinand von Schlegel-Hollstein-Sonderburg-Glauchau, dessen Name so ziemlich die ganze Scala seiner heimathlicher Vereinte, 195 000 Mark jährliche Rente zugesprochen erhielt, zwecks Schenkung der durch die politischen Ereignisse der Jahre 1848 bis 1866 erlittenen Vermögensverluste, nicht einmal für irgendeinen Thronerben. Man sieht, ein Krieg ist für die Fürsten stets ein gutes Geschäft, ganz gleich, ob er gewonnen oder verloren wird.

Alle diese Standesherrn sind natürlich unverzichtliche Feinde der „Hochwürdigen“ Republik, aber ihr Gedächtnis ist trotzdem gern. Es wäre eine Kultursünde ohnehin, wenn die deutsche Republik die Ansprüche dieser Drogen der Gesellschaft, die noch niemals etwas Nützliches geleistet, noch niemals einen Finger für ihr Vaterland frumm gemacht haben, für ewige Zeiten anerkennen und stabilisieren wollte.

Die Hohenzollern verlangen Steuer-Niedrigung.

Wie der „Soz. Reichstags“ hört, erheben die Hohenzollern, auf einen Steuerbetrag von rund 650 000 Mark Anspruch, der demnach von der Hauptverwalter des Reiches zurückzuführt werden soll. Es handelt sich um zu Unrecht gezahlte Vermögenssteuern für alle königliche Domänen, die nach dem Auseinanderlegungvertrag sich als unbedeutender Staatsbesitz herausgestellt haben. Da der Staat Preußen selbst nicht steuerpflichtig ist, so ist die bezahlte Vermögenssteuer zurückzuführen, und das Reichsfinanzministerium gerichtet sich den Kopf, wenn die Summe auszufrachten ist, nachdem die Hohenzollern ihre Ansprüche sehr ernstlich angemeldet haben.

Schließlich wird nichts übrig bleiben, als den Betrag zu hinterlegen und das vorgelegene Schlichtungsgericht anzurufen.

Die Zollgesetze angenommen.

Der Reichsrat hat sich am Donnerstag nachmittag in seiner Plenarsitzung mit den durch den Reichstag beschlossenen Zollgesetzen beschäftigt. Gegen das Gesetz zur Erhöhung des Zuckersolls erhob Hamburg Einspruch. Der Vertreter der preussischen Regierung ließ sich dem Einspruch Samtburg an. Zu der Abstimmung wurde der Einspruch mit 42 gegen 28 Stimmen abgelehnt. Gegen den Einspruch stimmten 10 preussische Provinzialvertreter, außerdem unter anderen der Vertreter des Freistaates Sachsen. Zur Erläuterung der veränderten Haltung der sächsischen Regierung gab Gesandter Dr. Gradnauer eine Erklärung ab. Die Regierungsumgestaltung in Sachsen und die Aufnahme eines Zusatznationalen in die sächsische Regierung hat also zu einer Veränderung der Haltung der sächsischen Regierung in der Zollfrage geführt. Danach abgesehen, ist es auf die Zustimmung der Vertreter der preussischen Provinzen zurückzuführen, daß eine Mehrheit für den Einspruch nicht zustande gekommen ist.

Nach dieser Zustimmung nahm dann der Reichsrat die vom Reichstag beschlossenen Zollgesetze an.

Die Unwetter-Katastrophen dieses Jahres.

Unvorstellbar blieb für uns Europäer bisher noch immer die ungeheure durch seine Menschenmacht und Menschenkunst zu bändigende Gewalt des Wassers. Daß wir es am eigenen Leibe erfahren sollten, daß wir in unserer gemäßigten Zonen, in unserem Klima der Ausgeglichenheit, der geringen Gegenstände die Macht der entsetzlichen Elemente noch einmal in einem solchen Ausmaß erleben sollten, wie das historische Berichtswort der Fluten Heims im Jahr und im Ereignisse zeigt, das ahnte niemand. Daß harmlose, von Stein zu Stein fließende Bächen, die wir künftighin mit ein paar Holzschwellen, um das angedeutete Wasser als „hervorzuenden Wasserfall“ herabzuleiten zu lassen, daß Bäche, die wir trodden Fußes an jeder Stelle durchschreiten oder überpringen, auch in unseren Mittelgebirgen zu riesenden Flüssen werden können, das wissen wir aus unserer Jahresjahres- und Herbst-Hochwasser. Aber, daß ein einzelner, kleiner Bach sich plötzlich in einen Strom verwandelt, daß das plötzliche Wasser plötzlich Hülfenstrom bereitet, Wälder zerstört, getrimmter, Baumreihen bricht, das wird selbst dem, der an den Schreckensorten der Vernichtung weiß, nur schwer verdaulich.

Und doch gibt es Flüssen, die die Gewalt der Wasser eines solchen Wollensbruchs wenigstens einigermaßen anschaulich schildern können. Man hat dieser Tage in London auf den meteorologischen Stationen einen halbseitigen Wollensbruch gemessen und ist als Ergebnis von der Schätzung gekommen, daß das Gewicht der niederfallenden Wollensmassen etwa 20 Millionen Tonnen beträgt. Ein paar einfache Ueberlegungen verdeutlichen die Angehörigkeit dieser Fluten. Ein Eisenbahnzug mit 100 Güterwagen, das heißt von einer Länge, die unter normalen Verhältnissen auf der Bahn kaum vorfindet, würde vollständig mit dem gesamten Gewicht der Wollensmasse und den Wagen immer höchstens erst 2000 Tonnen wiegen.

Abbau der Rheinbefugung.

Paris, 14. Juli. (Eig. Draht). Wie wir aus vorzüglicher Quelle erfahren, sind die Aussichten auf baldige Verminderung der Rheinbefugung durchaus günstig. Das ergibt sich nicht nur aus amtlichen Mitteilungen im englischen Parlament, sondern, was viel wichtiger ist, auch in maßgebenden Pariser Kreisen ist man in letzter Zeit wesentlich entgegenkommender gestimmt. Am Quai d'Orléans sieht man heute die volle Berechtigung des deutschen Verlangens auf Abschaffung von 10 000 Mann ein, und es kann gesagt werden, daß innerhalb der französischen Justizverwaltung heute überhaupt kein Widerstand mehr dagegen zu erwarten ist. Das gleiche kann von der Führung des französischen Befehlshabers behauptet werden. Dagegen macht maßgebende Pariser Militärfachkreise noch immer Schwierigkeiten, die aber die französische Regierung zu überwinden entschlossen ist. Lieber die Mittel, die sie dabei anzuwenden gedenkt, läßt sich natürlich augenblicklich nichts sagen. Die Angelegenheit wird amweilens rasch in Fluß kommen, sobald Herr Hoelch, der sich am Quai d'Orléans viel Vertrauen erworben hat, die Beschlüsse wieder aufnimmt.

Genau wie bei uns.

Die Schattendorfer Arbeitermörder freigesprochen.

Wien, 15. Juli. (Eig. Draht). Der Prozeß gegen die drei „Frontkämpfer“, die am 30. Januar in Schattendorf im Burgenland einen sozialdemokratischen Schulbühnen und einen Bürgerklub nach einer Veranlassung erschossen hatten, wurde am Donnerstag zu Ende geführt. Alle drei Angeklagten wurden von dem Schwurgericht freigesprochen.

Dieses Urteil hat in der Arbeiterkreise große Erregung hervorgerufen, da auch bei früheren Prozessen dieser Art Arbeitermörder freigesprochen wurden, oder ganz geringfügige Strafen erlitten. Vor dem Landgericht, so wie an anderen Stellen fanden Kundgebungen statt, bei denen selbst gegen dieses Urteil protestiert wurde.

Rüpelei in der belgischen Kammer.

Brüssel, 14. Juli. (Eig. Draht). Bei der Behandlung des Gesetzentwurfes über die Grubeninspektionen provozierte die beiden kommunikativen Abgeordneten der belgischen Kammer unglückliche Kabaletzen. Der Kommunist Jacquemotte hielt eine überaus provozierende Rede gegen die Sozialisten, worauf diese ihm mit gereizten Zwischenrufen antwortete. Schließlich verließ Jacquemotte einen in seiner Rede befindlichen, aber ganz unbeteiligten Sozialisten einen Faustschlag, worauf es zu einem allgemeinen Handgemein kam. Während Jacquemotte bald unter seiner Faust lag, schlug der Kommunist von Doerflaenen aus, worauf es sich, wobei auch verschiedene katholische Abgeordnete, die die Ruhe wieder herzustellen suchten, hiebe abtraten. Schließlich gelang es verschiedenen Abgeordneten und Parlamentsführern, den noch immer wütend drohenden Doerflaenen aus dem Saal hinauszutragen. Die Sitzung mußte unterbrochen werden.

Dieser Wille der Wollensmassen steht die Unmacht menschlicher Kraft gegenüber und hier bedarf es einiger erfrischer Worte der Kritik. Unser Zeitalter der Technik, dessen großer Erfolg es ist, die Gewalt der Elemente bezwingen, die Naturkräfte zu Sklaven der Menschheit gemacht zu haben, büßt sich nur allzu sehr, über die Macht der Natur. Wir glauben in einer Sicherheit zu leben, die höchstens einmal durch den Kurzschluß in einem Elektrizitätswerk, durch die Explosion eines Dampfkessels, oder einem Maschinenunfall gefährdet werden kann. Wir glauben bestenfalls noch an Betriebsfehler, aber daß die Elemente wagen können, gegen die Herrlichkeiten unserer Technik, gegen unsere Maschinen, unsere Eisen, unter Umständen aufzubringen, das will uns unanschaulich dünken.

Nur so ist die Ereignisliste verständlich, die immer wieder aus der unvorstellbaren Begleiterleistungen unserer Hochwasserkatastrophen besteht. Man hat wieder mit Entsetzen gehört, wie außerordentlich schnell das Andriessystem funktioniert hat. In der Zeit des Radio und des Telephon sind die von Hochwasser bedrohten Gemeinden völlig unzulänglich über den Umfang der drohenden Gefahr benachrichtigt worden. Man hätte bei rechtzeitigem Benachrichtigung wahrscheinlich die Vernichtungsfluten nicht vernichten können; aber die Zahl von 180 Toten hätte auf ein Minimum reduziert werden können.

Nach unvorstellbarer aber ist, daß diese von Hochwasser-Katastrophen bedrohten Gebiete nicht schon längst durch Staubecken und Gefahrschaltwerke geschützt wurden. Man hat die hohen Kosten

Nachdem den ehemaligen deutschen Fürsten ihr Raubgut auf die Taschen der verarmten Steuerzahler so glänzend gespickt ist, konnte es nicht ausbleiben, daß sich auch die Standesherrn, die die Fürsten, Prinzen und Erbprinzen ohne Land, malen würden, um ihre „herzoglichen“ Forderungen an die deutsche Republik geltend zu machen.

Daß diese Standesherrn in der Vorkriegszeit nicht mehr regierende Fürsten waren, veranlaßt Deutsches allein Napoleon 1., der zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts wenigstens mit einem Teile der lächerlichen deutschen Reichsteile rabul aufzuräume. Aber der Wiener Kongreß verließ 1815 diesen entronnenen Potentaten eine Reihe von Steuerbezirken, die dann später durch erste deutsche Renten abgelöst wurden.

Ein feiner Reichtum auf die „Rechte“ dieser Standesherrn gelang am deutlichsten, was Deutsches in Wirtschaftlichen Fürsten verlor. Diese „Rechte“ hießen nach dem Alter der Leibeigenschaft und sind nicht anderes als angemessene Herrenrechte. Wenn beispielsweise eine Jungfrau auf ein anderes Grundstück heiraten wollte, so mußte sie dem „Gnädigen Herrn“ für dessen huldvolle Erlaubnis noch eine betrübliche Abgabe bezahlen. Heirateten dagegen Witwe oder Tochter des Standesherrn, so war es die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der Landesfürsten, die „Herrenschafft“ mit Brautbüchern zu versehen. Da aber die erlauchten Hochadeligen beim besten Willen nicht in der Lage waren, das zahlreiche Gefolge hochbornen Mannes einzusetzen, es war aber nicht als standesgemäß galt, eine herrliche Gefolgeform zu erziehen, so wurde die Abgabe 1808 durch eine von den Untertanen zu zahlende Geldsteuer abgelöst. Schließlich wollten sich aber die hohen Herren nicht nur bei Hochzeiten verhalten, und so wurden noch zahlreiche andere Abgaben wie Brautkaufschlüssel, Herrenrecht, Tafelgeld, Wachtgeld zur Ablösung für Fronknechte und viele andere Steuern von den Standesherrn eingezogen.

Für all diese „Rechte“ verlangen nun die Standesherrn auch weiterhin Lebensabläufe und auf die Nachkommen vererbliche Rechte. Der deutsche Nationalversammlung hat schon im Reichstag erklärt, daß diese Ansprüche nach „Treu und Glauben“ erfüllt werden müßten, und es kam natürlich kein Zweifel darüber bestehen, daß die deutschen Gerichte den Herren alles zubilligen werden, was nach ihren Begriffen „rechens“ ist. Es ist wohl nur auf ein Versehen zurückzuführen, daß die Herren nicht auch noch die Ausübung des jus primus noctis, des Rechtes, die Braut vor dem Brautgatten für ihre eheliche Tauglichkeit prüfen zu dürfen, verlangt haben: sie würden es lieber noch „Treu und Glauben“ zugesagt erhalten.

Aus der Zahl der „Rechte“ gebieterisch heischenden Standesherrn seien einige besonders herausgehoben. So verlangt der Chef des Hauses Hessen-Kampanien als Nachfolger des letzten türkeischen Fürsten die Bagatelle von 612 000 Mark Jahresrente, die Angehörigen der „Reichslinie“ nicht viel weniger. Tatsächlich sind diesen Standesherrn seit ihrer 1866 erfolgten Abdankung diese Summen alljährlich gezahlt worden. Wilhelm der „Große“ gerühmte aber, die Schiffe des Kurfürsten dem königlichen Eigentum hinzuzufügen, seine braunen Untertanen aber dürfen die Summe für die „königlichen Beamten“ zahlen.

Der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen fordert, obwohl er als der reichste deutsche Fürst gilt, 75 000 Mark jährlich. Die letzten Herrscher von Schlesien-Sachsen verlangten zusammen fast 400 000 Mark Jahresrente. Sie werden diese Zusammenhänge der ehemaligen Kaiserin Viktoria, die nach 1905 bei dem Reichstagsler und Häufig Bismarck durchsetzte, daß der



gesendet und muß nun erkennen, wie falsch diese Sparbarkeit war, denn an Stelle der 10-20 000 Millionen zählten wir heute einen Schöden, der nur schon auf 70 Millionen Wert geschätzt wird. Ein Augenblick sind alle unsere Kräfte und alle unsere Gedanken mit dem Rettungswort gebunden, das so schwer heimgelungen und die notwendige Hilfe bringen muß. Aber, wir werden auch diese Opfer umsonst gebracht haben, wenn wir verzeihen sollten, daß namentlich alle Vorkehrungen getroffen werden müssen, die die Wiederkehr einer solchen Katastrophe, soweit Menschenkraft das überhaupt vermag, verhindern.

Nach dem Unglück in Sachsen. Ausruf der Arbeiterwohlfahrt.

Die furchtbare Wetterkatastrophe in Sachsen hat viele Todesopfer gefordert und hat über sehr viele Bewohner des Unglücksgebietes großes materielles Leid gebracht. Viele sind ihrer geringen Habe beraubt, sie stehen vor der Notwendigkeit, sich Erhaltung und Heim schaffen zu mühen. Reich und Staat müssen helfen, wie es ihre selbstverständliche Pflicht gebietet.

Daß die Arbeiterwohlfahrt ihre Pflicht erkennt, hat sie bei der ersten Hilfeleistung bewiesen, wo neben anderen auch Reichsbanner und Arbeiterkameraden sich zur Verfügung stellten.

Der Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt Berlin **W. 61**, Belle Allianceplatz 8, Telefon Dönhofs 8188, hat mit seinen geringen Mitteln ebenfalls zu helfen gesucht. Er möchte diese Hilfe verleiherlassen. Deshalb wenden wir uns an die mit uns gleichstehenden Kreise mit der Bitte:

Beteiligt Euch an dem Werk der Nächstenliebe und der Solidarität! Es sind viele brave Arbeiter, Stützen und Barmherzigen mit ihren Frauen und Kindern, die Lote verlassen, die vor den Trümmern ihres ehemaligen Heimes sitzen, die in Minuten das verloren haben, worauf sie die Kraft eines ganzen Lebens eingezahlt haben.

Es gilt, dem Elend rasch zu steuern!

Der Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt fordert deshalb seine Interorganisations und Mitarbeiter, wie auch alle ihm nahestehenden Kreise zu aktiver Beteiligung an diesem Hilfswort auf. Soweit nicht an die öffentlich bekanntgegebenen Sammelstellen der Arbeiterwohlfahrt in Sachsen unmittelbare Geldbeiträge überwiesen werden, bittet der Hauptauschuß um Zahlung auf sein Postkonto Berlin **Re. 6982** unter der Bezeichnung „Wohlfahrt für Sachsen“ vorzunehmen. Das Geld wird unter Umgehung überwiehen. Nach Ablauf der Aktion erfolgt öffentlich Mitteilung.

Wer zu der Hilfeleistung beitragen kann, möge schnellstens handeln!

Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt e. V.
gez. Marie Sudacz.

„Wohltätigkeits“-Hyänen.

Bei jedem großen Unglück tauchen die Hyänen auf. Entmenschte Burichen im jüdischen Katastrophengebiet haben den Versuch gemacht, da zu stehen und zu rauben, wo Tod, Jammer und Not herrschten. Nun melden sich die Hyänen der Wohltätigkeitsfeste. So, Wohltätigkeitsfeste für die Hinterbliebenen von 145 Todesopfern!

Das Preussische Schauspieltheater veranstaltet eine „Wohltätigkeitsvorstellung“ für den Hilfsfonds. Geplant wird das gemeinfreie Stück, das man je einer Erlebener Bühne hoch, das „Hilfsquartier“, 145 Tote, und das „Hilfsquartier“! Die Direktion begründet ihr Verhalten in folgender Zuschrift an das Publikum:

„Es mag zunächst befremden, gerade bei diesem Wohltätigkeitsfest zu einem Schwanke einzuladen, der durch seine die höchsten des Komischen erreichenden Situationen dazu angeht, die Achtmusteln des Zuschauers sehr kräftig zu betätigen. Aber der Zweck heißt auch hier das Mittel, der beispiellose Erfolg des „Hilfsquartiers“ hat gezeigt, daß die Zuschauer nicht nur lachen, sondern auch weinen, indem bei der Betrachtung der Schicksale sogar Tränen fließen. Darum bittet die Direktion des Schauspieltheaters um zahlreiches Besuch der Wohltätigkeitsvorstellung am kommenden Freitag, mit der Aufforderung: „Lacht Tränen, um Tränen zu trocknen!“ Geheh!

Der Schulgesetz-Entwurf.

Beröffentlichung heute oder morgen.

Amlich ist demel: Die mährigen Beratungen des Reichsabinets über den Entwurf des Schulgesetzes sind heute zum Abschluß gelangt. Die Vorlage fand die einstimmige Zustimmung des Reichstages. Bezüglich der Behandlung der im Reichstagen simulierten Artikel 174 der Reichsverfassung, erklärten die Reichsminister Dr. Curtius und Dr. Stresemann nach Ablehnung der von ihnen dazu gestellten Anträge, ihren Standpunkt in dieser Frage aufrechtzuerhalten. Die Veröffentlichung des Gesetzesentwurfs wird noch in dieser Woche erfolgen.“

Diese amtliche Meldung bietet das Unglaublichste, das man sich denken kann. Sie stellt in einem Atemzug die einstimmige Zustimmung des Reichstages und die Aufrechterhaltung des abweichenden Standpunktes der beiden völksparteilichen Minister Dr. Curtius und Dr. Stresemann fest. Dabei bezieht sich die Haltung der Völksparteiler nicht etwa auf eine Nebenläufigkeit, denn Artikel 174 der Reichsverfassung lautet:

„Wie zum Schluß des im Artikel 146 Absatz 2 vorgezeichneten Reichsgesetzes (Reichsgesetz) steht es bei der bestehenden Reichsliste. Das Gesetz hat Gebiete des Reiches, in denen eine nach dem Bestimmung nicht getrennte Schule gesetzlich besteht, besonders zu berücksichtigen.“

Nach der amtlichen Meldung beschließen die Deutschnationalen und Zentrum, die Befassung von Reichstag zu Gunsten des Reichstages dem Reichstag zu unterbreiten. Das wäre ein voller Sieg des Zentrums, die teuer verdiente Belohnung für die Billigung der Budgetpläne.

Die Gemeinheit gegen Wirth.

Der Leiter der amtlichen bayerischen Pressestelle, Oberregierungsrat Dr. Eisele, erstigt folgende Erklärung:

Abgeordneter Dr. Wirth vertritt in einer Berliner Korrespondenz einen Artikel, in dem er den Vorwurf der politischen Freibeuterei gegen mich erhebt. Er behauptet, ich hätte in einem Artikel in einem jamaikanischen Blatt das Zentrum und ihm selbst in Verbindung mit dem Barmat-Affäre der Korruption beschuldigt. Diese Behauptung ist nicht richtig. Den Vorwurf der politischen Freibeuterei weise ich als eine Beleidigung zurück. Ich lehne es ganz entschieden ab, die Verantwortung für einen

Artikel zu übernehmen, der nicht meine Unterschrift trägt, sondern unter Verantwortung der Redaktion jenes Blattes gegen mich veröffentlicht worden ist. Daneben erübrigt es sich, noch besonders festzustellen, daß ich niemals das Zentrum, Herrn Dr. Wirth oder einen anderen noch lebenden Zentrumsgesandten mit Barmat usw. in Verbindung gebracht und sie der Korruption beschuldigt habe.“

Herr Dr. Eisele geht vorzüglich um die Frage herum, ob er der Verfasser des für Wirth und das Zentrum schwerbeleidigenden Artikels ist und vertritt sich hinter die Verantwortung der Redaktion. Die „Germania“ fragt ihn klipp und klar:

„Hat Herr Dr. Eisele den Schlußartikel gegen das Zentrum geschrieben oder inspiriert? Solange darauf keine klare Antwort erfolgt, wird Herr Dr. Eisele es sich gefallen lassen müssen, daß der gegen ihn bestehende Verdacht aufrechterhalten wird.“

Zur Porto-Erhöhung.

Der Protest der Wirtschaftswörter.

Gegen die geplanten Portoerhöhungen hat gleich nach Bekanntwerden der neuen Vorlage wieder mit großer Heftigkeit eingeleitet. So fordert der Groß- und Leberhandelsrat kategorisch die Zurückziehung der Vorlage und verweist darauf, daß die Post ihren Abschlecker durch Anheben werden könne. Der Einpruch der Berliner Handelskammer merkt sich mit besonderer Heftigkeit gegen die beschlossene Einführung der Ferngebühren für Disconto- und „postieren“. In der Tat ist gerade diese Maßnahme geeignet, in den Großstädten und arbeiterrichten Gebieten den Umhang der Güter und Waren erheblich zu verteuern. Auch dem kleinen Gewerbe und dem Kaufmann wird das Leben dadurch nicht gerade leichter gemacht. Es ist anzunehmen, daß die Welle der Proteste aus der Wirtschaft sich in den nächsten Tagen noch weitestgehend verläutert wird.

Aber die ganze Protestaktion wird wertlos, wenn es wieder so geringe wie bei der letzten Vorlage. Demnach haben die Vertreter der Wirtschaft im Verwaltungsrat der Reichspost den Postminister sofort darum gebeten, er solle schleunigst eine neue Gehaltskommission herausbringen. Der Vertreter des Einzelhandels, sowohl Herr Grünfeld-Berlin, wie der Vertreter der Industrie, Generaldirektor Salomon-Frankfurt, haben sich offenbar vor den Drohungen der Wirtstratte einschüchtern lassen, die eine Zurückziehung der Posttarifanträge anforderte. Wenn wir jetzt wieder dasselbe Schauspiel erleben, daß die Wirtschaft protestiert, während ihre Vertreter die Welle des Schicksals begünstigen, dann ist die Portoerhöhung unvermeidlich und die Reichsregierung wird sich demnach sicherstellen, daß sie in der Wirtschaftspolitik bald nicht mehr ernst genommen werden.

Der 65 jährige Ludwig Fulda.



Ludwig Fulda.

Der bekannte Dichter, feiert am 15. Juni seinen 65. Geburtstag. Als garter Kritiker, geschickter Dramatiker und namentlich als Leberleger französischer Literatur hat er sich einen Namen gemacht.

Seeabrüstungs-Konferenz.

Offene Ausdrücke unter den Beteiligten.

Genf, 14. Juli. (Eig. Draht.) Die Abkündigung der Seeabrüstungskonferenz am Donnerstag wurde mit einer scharfen Beileidigung für den hier einige Tage als Delegierten funktionierenden, ermordeten irischen Aufständler O'Connell eingeleitet, worauf für Großbritannien der Delegationschef und Admiral Jellicoe und für Japan und die Vereinigten Staaten die beiden Hauptdelegierten ihre Ansichten über den gegenwärtigen Stand der Konferenzarbeiten darlegten. Es gelang sich mit einer Offenheit, die von den übrigen diplomatischen Erklärungen sehr vorzüglich abwich und trotzdem an gegenseitiger Freundschaft und Sympathie nichts vermehren ließ. Der englische Hauptdelegierte leitete seine Ausführungen mit einer bitteren Frage über einen Teil der Presse und andere Interessenten ein, welche allerlei Mißverständnisse und falsche Gerüchte zu verbreiten suchten und damit offenbar ein Mißlingen der Konferenz herbeizuführen sich befreiten. Sodann vermeldete er namentlich den englischen Standpunkt in der

Kreuzerfrage.

wobei er die Formel der Gesamttonnage als eine verfehlte bezeichnete, mit welcher man nichts anfangen könne, wenn man nicht wisse, was sie enthalte (Zahl und Minimalanzahl der Kreuzerarten und ihrer Bewaffnung). Der Admiral Jellicoe ergänzte diese Darlegungen mit längeren Ausführungen aus dem Kriege und insbesondere über die miltärische Arbeit, welche die englische Admiralität mit der Abfassung der verschiedenen deutschen Kreuzer hatte. Aus der Rede des Amerikaners sei hervorzuheben, daß Amerika es als künftigen Polizeistat empfinden würde, wenn in der Konvention nach so vielen Einzelheiten über die Größe und die Bewaffnung der einzelnen Kreuzerarten gefragt würde. Die Gesamttonnage biete eine genügende Begrenzung der Kreuzermacht jedes der drei Staaten, wobei sich der Amerikaner dagegen verweigerte, daß die Vereinigten Staaten gegen Großbritanniens irgend welche unzulässigen Vorwürfe gegen.

Die starke und überzeugende Verteidigung seines Standpunktes fand der Japaner, aus dessen Eröpfung man zum ersten Male erahnte, daß Japan von den großen Kreuzern je 10 für Großbritannien und die Vereinigten Staaten und 7 für Japan vorzüglich. Alle Redner erklärten sich im übrigen von den bisherigen Verhandlungsergebnissen der technischen Sachverständigen sehr befriedigt und untertridien nachdrücklich, daß der Zweck der Konferenz in einer Herabsetzung der Rüstung und der Rüstungsausgaben gesetzt

werden müsse. Insofern haben die vier Antragsenden den Einbruch gegeben, daß die drei Delegationen in der Kreuzerfrage sich noch nicht ganz gefunden, aber in den letzten Tagen zweifellos hart gearbeitet haben und jetzt einflusslos sind, die Konferenz zu einem positiven Erfolge zu führen.

In Wealdenburg-Streitig.

Nach dem Wahlausfall, der einen deutlichen Einschnitt ergab, der Versuch unternommen worden, eine Regierung aus Sozialdemokraten, Demokraten und der Fraktion der Handwerker und Gewerbetreibenden zu bilden. Dieser Versuch ist jedoch gescheitert. Daraufhin sind die Deutschnationalen, Völksparteiler, Demokraten und Handwerker übereinstimmend gekommen, die bisherige aus einem Deutschnationalen und einem Demokraten bestehende Regierung weiter im Sinne zu lassen. Der neue Antrag ist auf den 28. Juli einberufen worden, um diese Regierung zu bestätigen und die Präsidialmaßnahmen vorzunehmen.

Neue bayerische Gemeindeordnung.

München, 14. Juli. (Eig. Draht.) Die neue bayerische Gemeindeordnung wurde am Donnerstag vom Landtag in namentlicher Abstimmung mit 90 gegen 26 Stimmen angenommen, nachdem vorher die sämtlichen Abänderungsanträge der Sozialdemokraten und der anderen Linksparteien abgelehnt worden waren. Durch die Neuordnung wird das von dem sozialdemokratischen Innenminister im Jahre 1919 erlassene Selbstverwaltungsrecht in mancher Hinsicht wesentlich verändertes. Vor allem wird der Staatsaufsicht über die Gemeinden ein weitaus größerer Spielraum gegeben, die Nachstellung der Volksgemeinden innerhalb der Gemeinden erweitert und die Betätigung der Gemeinden im allgemeinen Wirtschaftsbereich eingeschränkt. Andererseits werden zugunsten der Landwirtschaft die aus früheren Jahrhunderten überlieferten sogenannten Nutzungsrechte am Gemeindegewinn zu einer rechtlich veränderten und damit auf einige Zeiten begründeten Einrichtung gemacht und dadurch die Interessen der neu zugewanderten Gemeindeglieder aus schärfer beirrächtigt. Aus all diesen Gründen hat die Sozialdemokratie zu dem ganzen Gesetz eine ablehnende Haltung eingenommen.

Die deutschen Offiziere beim Luftmanöver.

London, 14. Juli. Der Luftminister Sir Samuel Hoare erklärte auf Anfrage über den Besuch deutscher Offiziere bei Schaulagen der englischen Luftkräfte in Hendon im Internats, daß die deutschen Offiziere der Veranstaltung auf eigene Initiative beigezogen worden seien, aber daß ihnen freigestanden zur Verfügung gestellt worden seien. Dies sei üblich gegenüber allen ausländischen Offizieren, die ihre Aufsicht betreiben, der Veranstaltung beizuhören. Fünf der deutschen Offiziere hätten, soweit ihm bekannt sei, den Rang von Obersten bekleidet.

Internationaler Kongreß der Liga für Menschenrechte.

Paris, 15. Juli. (Eig. Draht.) Der Internationale Kongreß der Vereinigung der Liga für Menschenrechte hat am Donnerstag in Paris unter dem Vorsitz des Professor Kulaud stattgefunden. An der Vormittags Sitzung wurden die Berichte der Delegierten aus den verschiedenen Ländern erlasst. Daraus ging hervor, daß die Tätigkeit zahlreicher Ligen durch das in ihrem Lande herrschende Regime und die Anwesenheit zahlreicher Demokraten hart behindert wird. Vor allem wurde die Lage der Ligen in den Staaten, die von der politischen Flüchtlinge und die Straftatenden, mit denen diese in zahlreichem Mäßen von der Diktatur verfolgt werden. In einer längeren Rede unterwarf die von der französischen Delegierte Professor B. sich die Gründe für den Rückgang des demokratischen Gedankens. Gegen diesen Rückgang müsse eine großzügige gemeinsame Aktion sämtlicher Demokraten eingeleitet. Außerdem empfahl er, eine vielgestaltige Zusammenarbeit mit der Amerikaner-Gewerkschafts-Internationale. Am Schluß der Vormittags Sitzung beschloß der Kongreß einstimmig ein Protestprogramm gegen die Einschränkung von S. C. C. und W. A. S. K. in den Gewerkschaften von Frankreich zu setzen. Am Laufe des Nachmittags wurden verschiedene Berichte über die politischen Zustände in Italien und Rußland entgegengenommen. Die Delegierten dieser beiden Länder verurteilten scharf das politische Regime der beiden Staaten. Zuletzt wurden vom Kongreß eine Entschließung angenommen, in der daran erinnert wird, daß der Kongreß mit dem Jahrestag der Erfüllung der Balfour-Vereinbarung, die ein Symbol für die Befreiung der Völker geworden sei.

Gegen die Aufhebung der Menschenrechte in einzelnen Ländern und das diktatorische Regime wird Protest erlassen. Die Freiheit der Meinungen ist kein unerschütterliches Recht. Unter den Kriegsgeschehnissen, die Europa und die Welt bedrohen, sei die Erstgung der Diktatur die größte.

Brocquevilles Enthüllungen.

Die belgische Antwort.

Wanderbeide hat dem deutschen Gesandten von Keller die Antwort des Kriegsministers Brocqueville auf die deutschen Vorstellungen überreicht. Ihre Veröffentlichung hängt von Deutschland ab.

Bekanntlich hat der belgische Kriegsminister schwerwiegende Aussagen gegen die belgische Reichswehr erhoben. Brocqueville behauptete u. a. er habe Beweise dafür, daß die Reichswehr abgeteilte Soldaten vorzeitig entlasse und auf diese Weise die Bestimmungen des Vertrages von Versailles umgehe.

Amnestie in Frankreich.

Der Präsident der Republik hat anfänglich des Nationalkongresses am 14. Juli 491 Resolutions beantragt. Es handelt sich dabei in der Mehrzahl um Kriegsverurteilungen. Leon Daubert ist nicht unter den Begnadigten.

Dokumentenreicher Drußionoffizier erschienen. Das Präsidium des Zentralkomitees der Sowjetunion leitete das Gedächtnis Drußionoffiziers, des zum Tode verurteilten Dokumentenoffiziers, ab. Das Urteil wurde vollstreckt.

Hilfswörter in demoffiziellem Teil der Vereinigten Staaten wird gegenwärtig von einer Hilfswörter beimgeludt, der bis am Donnerstag mit 14 Personen zum Opfer gefallen sind. In einem Vergewaltigungsfall wurde ein Kellner infolge der Hilfe tödlich und drang mit dem Messer auf die Menschen ein. Die Polizei freudte ihn schließlich durch einen Schuß nieder. In den Straßen New Yorks wurden den Kindern von den Sprengungen Drußionoffiziers. Der höchste Stand des Thermometers war 86 Grad Fahrenheit.

ben. Unzutreffend sei die Ansicht des Amtsgerichts, daß der Angeklagte freisprechen sei, weil nicht nachgewiesen sei, daß er 14 Tage einen zweiten Hund gehalten habe. Es sei vielmehr anzunehmen, daß nach der Steuerordnung die Hundsteuerpflicht beginne, sobald jemand einen Hund ansetzt, mit einem Hunde angehe oder einen Hund in Besitztum bringe. (S. 6, 108, 27).

Aus Quedlinburg.

— (Erdbeber Steinbrüche.) Dienstag vormittag wurde die Ehefrau eines hiesigen Beschäftigten auf der Bodstraße von der Steinbrüche plötzlich von Bergkrämpfen befallen. Gleich darauf verschied sie an einem Herzschlag.

— (Die Ausschüttung der Kleinrentnerhilfe) für den Monat Juli 1927 erfolgt Sonnabend, den 16. Juli ds. Os. die der Sozialrentnerhilfe Montag, den 18. Juli ds. Os. vormittags von 8—12.00 Uhr in der Stadthauptstraße, Rathaus, Zimmer 1.

— (Stadt. Wohlfahrt im Juni.) Am Montag Juni 1927 brachte das Wohlfahrtsamt an Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen 13881,75 RM. Zuführungen zur Auszahlung. Ferner wurden gezahlt: a) Allgemeine Fürsorge: 262 Unterstützungsfälle (einschließlich Erwerbslos) 6122,38 RM., b) Gehobene Fürsorge: 195 hilfsbedürftige Minderjährige 2082,00 RM., 252 Kleinrentner-Unterstützungsfälle 828,00 RM., 47 Sozialrentner-Unterstützungsfälle 758,45 RM. An Hilfsgeldern wurden ausgegeben 188 Minderjährige über wöchentlich 90 RM. für Kinder bis zum 2. Lebensjahre. An Kleinrentner 7, an Sozialrentner 25, an Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene 18, an arme Alte 62 Minderjährige über wöchentlich 90 RM.

Kreis Quedlinburg.

Nachterstedt, 14. Juli. (Wieder ein Unfall auf der Berner.) Auf der Grube Concordia wurde dem Arbeiter Fritz Werner aus Frolo, welcher im Förderbetrieb tätig ist, die rechte Hand heftig geschnitten, daß er sofort nach Hause mittels Auto gebracht werden mußte. Werner mußte eine ledere Schlinge anziehen am Trichterarm und dabei feste ihn ein Hebel und drückte die Hand entzwei.

Hebesleben, 14. Juli. (Obsterpachtung.) Am Dienstag, nachmittags 3 Uhr fand im Domänen Lokal die Verpachtung der der Gemeinde gehörigen Obsterpachtung statt. Viele Sachverständige hatten sich eingefunden. Vor der Verpachtung wurden die Bedingungen bekanntgegeben, wonach von den drei Meistbietenden die Gemeindefürsorge allein den Zuschlag erteilt. Gemeindevorleiter Meier leitete die Verpachtung selbst. Für die Obsterpachtung wurde die Summe von 6000 RM. geboten. Es erhielt den Zuschlag der Dehler W. B. Schaf, Wehmig. Für die Unterboden-Planlage wurden 13.000 RM. geboten. W. B. Pfeifer aus Halle erhielt den Zuschlag für die Planlage im Joren für 75 Mark geboten. Wilhelm Riedel, Dehler, von hier, erhielt den Zuschlag.

Gatersleben, 15. Juli. (Wom Schützenfest in den Tod.) Gestern nachmittag wurde der auf der Grube Concordia beschäftigte Schiefermeister Ernst Delle bei seinem Leben durch Erhängen an Ende. Nachdem er noch am Abend sich sehr vernünftig am Schützenfest beteiligt hatte, fand am Morgen einen eingehüllten Brief der Arbeiterzeitung vor, worin ihm seine Kündigung mitgeteilt wurde. Offenbar hat D. sich das sehr zu Herzen genommen, daß er Hand an sich legte. Nachdem er am Vormittag einen Abschiedsbrief an die Schützenvereine geschrieben hatte, ging er in den Tod.

Aus Ochersleben.

(Arbeiterwohlfahrt.) Unsere Mitglieder müssen am Sonnabend, ab nachmittags 15 Uhr, beim Volkstheater der SPD, sein, um beim Kinderfest teilzunehmen. Am Sonntag müssen sich die Mitglieder beteiligen. Ein Teil des Uberschusses wird der Arbeiterwohlfahrt überwiesen.

— (Das Volkstheater der Arbeiterwohlfahrt.) Warum begehrt die Arbeiterwohlfahrt am Schützenfest, welches von dem Schützenverein als Volkstheater bezeichnet wird, ihr eigenes Volkstheater? Als die hiesige Ortsgruppe unserer Partei im vorigen Jahre am Schützenfest Sonntag ein Sommerfest veranstaltete gab es ein Staunen in hiesigen Kreisen. Man konnte es nicht verstehen, da man immer noch meinte, daß das Schützenfest ein Volkstheater sei. Wie sieht das Schützenfest als Volkstheater aus? Auch in diesem Jahre muß im vorigen Jahre die Schützenkapelle die Musik. Die beiden Berufsstellen sind fast ganz ausgefüllt. Man wagt es, trotzdem Ochersleben durch die letzten Wahlen der Partei erbracht hat, daß seine Bevölkerung in der Wehrzeit republikanisch ist. Der Beschluß des Schützenvereins und des Schützenfestes wird erbracht, daß die schwarz-weiß-rote Fahne da sind. Eine Fahne des Staates von heute wird man nicht zu sehen bekommen. Daß der Schützenverein nicht geneigt ist, sein Schützenfest zum wahren Volkstheater zu machen, brachte der Ortskommandeur Herr Hermann Förster am Sonntag, den 16. Juli vorigen Jahres zum Ausdruck in einer Ansprache, in welcher er sagte: „Man sollte zum Schützenfest halten“ und mit einem Hoch auf Stahlhelmkappe und Stahlhelm. Weil dem so ist, hält unsere Partei ein Volkstheater auch in diesem Jahre am 16. und 17. Juli ab. Das Programm des Festes siehe im Anhangsteil der heutigen Nummer.

Provinz und Nachbarstaaten.

Altenfeld, 14. Juli. (Eiserhut!) Wemdas es hier im Orte eine kleine Schießerei. Ein junger Mann, der hier vorübergehend wohnt, schloß an ein junges Mädchen. Glücklicherweise ist nichts passiert. Ein fünfjähriger Knabe, der junges Mädchen einen Scherzschuß abgeben wollte. Der Knabe fiel den Schützen in Gewehrarm genommen.

Hersberg, 14. Juli. (Autounfall!) Nachmittags um 4.30 Uhr fuhr ein schwerer Privatwagen, von Zerhusen kommend, die Rabaustraße in scharfer Tempo bergab. Bei der Ueberholung eines am Rabau-Wasserfall haltenden Autos geriet der Wagen ins Schleudern und stürzte die steile Wiese hinunter. Ein Passagier war sofort tot, 4 weitere Passagiere wurden in schwererem Zustand dem Sanitätswagen Kranenbus zugeführt.

Benndorf, 14. Juli. (Unwetter.) Gewitter über Benndorf gingen in der Zeit von Freitag abend 7 Uhr fast ohne Unterbrechung bis Sonnabend abend über den Spohrberg nieder. Die Gräben und Bäche wuchsen in ganz kurzer Zeit zu reißenden Gefäßbahnen an und überfluteten die Straßen, Gassen und Höfe. Gegen 7 Uhr abends war das Wasser bereit gefahren, daß Hammelersgraben in der Unterlauf bestand. Die Wassermenge der Feuerwehre riefen die Einwohner zu den drängenden Behörden in dem unteren Stadtteil. Immer höher schmol die Flut, über Brüden und Wege flog das Wasser, schwemmte alles von den Wegen im Rappbodetal und richtete so nicht geringen Schaden an. Erst in den späten Abendstunden ging das Wasser zurück.

Der Provinzialauschuß in Magdeburg

Vor der Ferienpause trat der Provinzialauschuß am 13. Juli 1927 in Magdeburg zusammen. Er folgte gleichzeitig der Einladung der Stadt Magdeburg zur Beschäftigung der Theaterausstellung, des kulturellen Ereignisses der Provinz Sachsen in diesem Sommer. Eine große Reihe wichtiger und interessanter Punkte wurde erledigt.

Früher Termin für den Provinzial-Landtag.

Der Auschuß beauftragte den Landespräsidenten, für 1928 einen früheren Termin für die Landtagsverhandlungen zu erwirken. Bisherige Versuche wurden der 5. Februar, wenn möglich, noch eine Woche später. Maßgebend sind verwaltungsrechtliche Gründe. Die vom Landtag beschlossenen Vorlagen, namentlich die Bauordnung können besser vorbereitet werden, wenn die Beschäftigung des Landtages schon eher abgeschlossen, als bisher.

Landesplanung.

In einer bedeutsamen Entscheidung nahm der Auschuß Stellung zur Landesplanung. Bekanntlich ist kürzlich die Provinz Sachsen und besonders der neue Industriebezirk Halle-Merseburg vom Städtebaugesetz-Auschuß des Reichspräsidenten beauftragt worden. Wenn auch nicht mit der baldigen Schaffung eines Städtebaugesetzes zu rechnen ist, so doch vielleicht mit einem Spezialgesetz für den Industriebezirk Halle-Merseburg. Der Auschuß sprach sich dahin aus, daß der Selbstverwaltung — etwa durch eine Erweiterung der Befugnisse staatlicher Stellen — seine Aufgaben entzogen werden dürfen. Andererseits soll jede Landesorganisation und besonders die Einsetzung eines neuen Selbstverwaltungsorgans vermieden werden. Vielmehr werden Kreise und Provinzialverband als die gegebenen Organisationen betrachtet, welche Träger der Landesplanung werden sollten. In einer Entschließung wurden diese Wünsche des Auschusses folgendermaßen formuliert:

1. Es dürfen bei einer Neuverteilung und Erweiterung von Befugnissen im Bau- und Siedlungsweise keine Aufgaben, die heute von der Selbstverwaltung wahrgenommen werden, auf die staatlichen Behörden übergehen.

2. Es darf unter keinen Umständen ein neuer Selbstverwaltungsorgan geschaffen werden, der sich, wenn auch mit beschränkter Befugnissen, ansetzen die Städte- und Landkreise einzeln und dem Provinzialverband andererseits einstellt.

Entsprechend diesen Grundsätzen ist die Trägerfähigkeit der Landesplanung der Kreise und, sofern ein größeres Gebiet in Frage kommt, dem Provinzialverband zuzuwenden. Inwieweit damit regimärelle Befugnisse übertragen werden müssen, können diese durch einen besonderen, der Provinzialverwaltung anzugehörigen Auschuß ausgeteilt werden, in welchem die heute im Landesplanungsvorstand zusammengeschlossenen Stellen der Selbstverwaltungsorgane und der Wirtschaft vertreten sind, während die Befugnisstellung über geldliche Aufwendungen den provinziellen Körperstellen obliegen.

Baumeinbeziehung.

Wenn der Preussische Staat nach der Neuordnung des Verwaltungsgruppenplanungs Erhebungen der Gehälter vornimmt, über seinen Beamten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, soll die Provinzialverwaltung seinem Beispiel folgen. Am übrigen schloß sich der Auschuß dem Beschlusse des Beschlusses auschusses vom 11. d. Ms. für die vorliegenden Anträge auf Änderungen der Befolgung an. Er formuliert seine Stellung in einer Entschließung, die dem Beschlusses auschusses bereits vorbereitet war. Es heißt darin, man habe der einschlägigen Neuordnung nicht vorgehen wollen, und weiter: „Auch die hier beschriebenen Vorarbeiten sind schon bei der Erörterung geschehen, daß die Reform bei Reich und Staat in kürzester Frist erfolgt. Der Provinzialauschuß richtet an die

Preussische Staatsregierung daher das dringende Ersuchen, dafür zu sorgen, daß die Erhebung der Beamtengehälter seinesfalls später als 1. Oktober stattfindet. — Eine große Beunruhigung ist in die Kreise der Beamten der Provinz Sachsen dadurch getrieben worden, daß der Preussische Auschuß eine einmalige Ueberholung seiner Beamten beschloß. Der Provinzialauschuß richtet an die Staatsregierung deshalb das fernere Ersuchen, durch ein ähnliches Vorgehen, dem der Provinzialverband sofort folgen würde, die Gleichmäßigkeit in der Behandlung der Beamten innerhalb des einheitlich zu beurteilenden mittelbessigen Vertriebsgebietes herzustellen.“

Der Provinzialauschuß in Magdeburg.

Ist Halle soll nach dem Beschlusse des Provinziallandtages neuaufgestellt werden, da es unentschieden ist und die Aufgaben dieses Institutes jetzt bei der von der Landwirtschaftsminister erfaßt werden. Es wurde beschlossen, den Obliegen an die Reichsregierung zu verfallen und damit in die öffentliche Hand zu geben.

Bei der Aufstellung in Halle-Prinze wurde eine Uebersicht über eine etwaige Uebersicht umgemacht. An Stelle von mehr als 300 fischdominanten Kindern befaßt — heute befinden sich nur 3 etwaige und 4 Uebersichtskinder.

Zwei Anträge.

Der Provinzialauschuß erklärte sich damit einverstanden, daß zu Beginn des vom Landtag bewilligten Anleihecredits bei der Sachlichen Provinzialbank ein langfristiger Kredit von

1. 2 Millionen Reichsmark gegen 6 Prozent Verzinsung, bis zu 2 Prozent Tilgung, zum Auszahlungstermin von 64 Prozent, 2. 2 Millionen Reichsmark, gegen 6 1/2 Prozent Verzinsung, 3 Prozent Tilgung zum Auszahlungstermin von 98 Prozent aufgenommen wird.

Für die Ueberlandzentrale Sülzbar in Weiche- rade wurde die selbstständiger Bürger der Provinz für ein Darlehen von 1 Million Mark, für die Ueberlandzentrale Mansfelder Gesteins in Amsdorf in gleicher Weise für 1000000 RM. übernommen.

Die Saalebrücke bei Uelsteden.

Für den Bau dieser Brücke wurde der Stadt Uelsteden eine Beihilfe von 191 000 Mark bewilligt. Der Betrag macht ein Drittel der noch fehlenden Gesamtkosten aus. Bekanntlich hat sich die Provinz auch bei der Finanzierung der Saalebrücke bei Könnern beteiligt. In der Sitzung des Provinzialauschusses, zur Uebersicht des Herrn Reichspräsidenten, die gleichzeitig eine Sitzung für die Kriegsbeschädigten darstellte, wird sich die Provinz mit einem Anteil von 10 000 RM. beteiligen. Der Verband der Preussischen Provinzen wird zusammen 200 000 RM. aufbringen.

Nach Erledigung kleinerer Vorlagen, über die später noch berichtet werden wird, wurde die Beschlusse des Kreisauschusses Merseburg über den Provinzialauschuß wegen einer unzulässigen Einmischung in der Frage der Eingemeindung von Gemeinden des Landkreises Merseburg in den Stadtkreis Merseburg abgelehnt, weil sie auf rechtskräftiger Grundlage beruht.

Die Stadt Magdeburg hat den Provinziallandtag zu dem Besuch der Theaterausstellung eingeladen. Diese Einladung, die dem Provinzialauschuß ein besonderes Interesse an der Provinz- vertreter ermöglicht, wurde mit Dank angenommen. Der Auschuß beschloß jedoch, am 14. September in Schönefeld seine nächste Sitzung abzuhalten.

Im Nachmittag folgten die Mitglieder des Ausschusses und die Herren von der Landesregierung der Einladung der Stadt Magdeburg zur Beschäftigung der Theaterausstellung. Am 14. Juli ist die Beschäftigung der Wehrpflichtigen in Magdeburg-Graben und der Besuch des Bergbauers in Tale vorgehen.

Sangerhausen, 14. Juli. (Sturm und Wolkenbruch.) Am Sonnabend nachmittag zog über die hiesige Stadt ein schwerer Unwetter. Die Regengüsse, die niedrigen, glatten Wolkenbrücken, die die Straßen in wenigen Minuten in Bäche verwandelt waren. Der elektrifizierte Strom verliefte sofort. Ein Sturm vernichtete vielfach die Dächer.

Merseburg, 14. Juli. (Beim Baden ertrank.) Das sechsjährige Töchterchen der Eheleute Pätz ertrank beim Baden im Dorfteich von Großhagen. Kinder, die dem Mädchen vom Ufer aus zuzulaufen, stellten ihr Brechen für Spaß; als dann aber Reute zu ihrer Rettung bereitstellen, war es zu spät.

(Diebe im Uhlrenleben.) Im Uhlren- und Goldwaren- geschäft von Eduard Schürer in Sophienstadt wurde durch Einbruch ein großer Vorrat wertvoller Ware gestohlen. Die Diebe hatten mehrere Tage zuvor beim Betreten die üblichen Verhältnisse genau erkannt und brachten deren Hof des „Hofes zum Bäcker“ mit Beitem in das Geschäft ein. Gegen 24 Uhr formierten Anschläge des Inhabers des Anschlagens ihrer Stunde, waren aber der Meinung, daß ein Angestellter nach Hause komme und beachten es nicht weiter.

Halle, 14. Juli. (Familientragödie.) Hier hat der Dachdeckermeister Wilhelm Jagemann zuerst seine Ehefrau und dann sich selbst erschossen. Der Grund zu der Tat ist nicht bekannt. — (Der Blitz in der Arbeiterkolonne.) Hier schlug der Blitz in der Döhlauer Straße, in unmittelbarer Nähe einer Arbeiterkolonne des hiesigen Tiefbauamts. Die Arbeiter führten sämtlich zu Boden und wurden verletzt. Glücklicherweise sind die Verletzungen nicht lebensgefährlich. Der Blitz hat einen Spalt von etwa einem Meter in den Erdboden geschlagen.

Halle, 14. Juli. (Lebensmüde.) Am Montag stürzte sich in der Nähe der Gernzerrstraße ein hiesiger Mann in selbstmörderischer Absicht in die Saale. Er wurde jedoch von zwei Postknechten, die dort badeten, aus dem Wasser herausgeholt. Der Lebensmüde, der dann von Krämpfen befallen wurde, wurde der Uniersitäts- klinik zugeführt. — Am gleichen Tage verlor sich ein hiesiger Mann in selbstmörderischer Absicht mit einem Messer die Halsgabel über zu durchschneiden. Er brachte sich drei Schmitte an der rechten Halsseite bei, ohne die Schlagader zu treffen. Der Grund zur Tat ist unbekannt.

Uelsteden, 14. Juli. (Ein schwerer Unfall) ereignete sich auf Bahnhof Leutzschental. Der Postknechtmeister R., der in Leutzschental beschäftigt ist, wurde von einem Auto erfaßt und schwer verletzt. Wenige Minuten nach dem Unfall erlag er seinen Verletzungen.

— (Unwetter.) Ueber Döberlingen ging ein schwerer Unwetter nieder. Der Heide Kupferhammer wurde vollständig unter Wasser gesetzt. Das ganze Gelände glüht einem See. Die Ernte ist vernichtet. Die Gerbstämme auf den Freizeiten sind ganz hinfällig. Sämtliche Gräber haben sich zu 50 Zentimeter geholt. Die Gräber sind umgewallen und zum Teil zertrümmert. Das Unterdorf Döberlingen bildete einen einzigen See. Der Lagebau Walters hoffnung ist vollständig erloschen. Der Schaden läßt sich noch nicht feststellen. Die ältesten Einwohner der Orte können sich eines berat schweren Unwetters nicht erinnern.

Bornum, a. S., 14. Juli. (Ueberfahren.) Auf dem Bahnhof Bornum-Döhlen wollte der Former Heinrich Müller von hier mit dem um 17.30 Uhr fahrenden Zuge der Landeshaupt nach Klein- Hübden fahren. Der Zug hielt bereits und Müller wollte im letzten Augenblick über das erste Gleis nach hinlaufen, als von der anderen Seite der noch Bodenem fahrenden Personenzug nahe. Müller geriet unter diesen Zug, wurde überfahren und war auf der Stelle tot.

Könnern, 14. Juli. (Zuchthörer Tod eines Landarbeiters.) Im Dorfm bei Könnern ereignete sich ein schwerer Unfall bei der Beschäftigung der Theaterausstellung. Ein hiesiger Arbeiter wurde beim Ueberfahren der Wehrpflichtigen durch einen Personenzug getötet. Vor seiner Verhaftung gingen ein paar junge, sehr unruhige Pferde. Alle der Arbeiter abgehoben war, um die Maschine nachzugehen, zog die Pferde plötzlich an. Der Arbeiter wurde von den Wehren erfaßt und durchschnitten gerissen. Innerhalb zehn Minuten war der Tod durch Verletzungen eingetreten. Die auf dem Felde mitanwesenden Arbeiter konnten den Verunglückten erst befreien, als es schon zu spät war.

Siedlingen, 14. Juli. (Wom Blitz erschlagen.) Dem Gutsbesitzer Schumann hieselbst wurden beim Gemitte auf der Wiese zwei fünfjährige Pferde vom Blitz erschlagen. Dem Knecht, der nur zwei Schritt von den Tieren entfernt stand, gelang es durch ein Wunder nicht.

Sieffeld, 14. Juli. (Fahrad gegen Postauto.) Das Postauto Wülfersleben Sieffeld kam nachmittags zum Freimarkt entlang nach dem Markt gelahren. Ein Wülfersleben erfaßt auf der Center Signal. Am letzten Augenblick hat der Sohn des Gutsbesitzers Erdmann in roter Fahrt, daß nicht übermäßig schnell die Hebelbremse herab auf dem Fahrrad gezogen. Das Fahrrad wurde vom Postauto gestreift und zertrümmert; Erdmann wurde herabgeschleudert und erlitt anscheinend keine ernstlichen Verletzungen, da er sich bald erholte und laufen konnte.

Aus dem Gerichtssaal.

Schöffengericht Halberstadt.

Sitzung vom 12. Juli.

Ein seltsamer Raub ist der Angeklagte R., der schon recht oft hinter schmiedischen Gabeln gelassen hat. Während er in der letzten Verhandlung vor der hiesigen Strafammer alles kurz und klein schlagen wollte und sich äußerst redendwandt verteidigte, war er heute, als er sich wieder gegen neue Zeugenvernehmer veranwortete, mußte, recht schamlos geworden und lehnte es konsequent ab sich zu verteidigen. Der Richter und Richter war ein Mann, der sich nicht mehrere Angeklagte losgelassen, in denen er Getreidehändler suchte. Ein anderer Angeklagter, dessen Name in Ochersleben sollte bestrafen, daß die Sache in Ordnung war. Der Rechtsanwalt wurde aber unter der angegebenen Adresse, es handelt sich um ein Hotel, nicht aufgefunden, wohl aber wurde der Angeklagte bestrafte, wie er die Briefe von dem Hotel abholen wollte. Bei seiner Verhaftung fand man auch einen gefüllten Ausweis auf den Rechtsanwalt

